M3.2 POLITISIERUNG DER MASSEN IM DEUTSCHEN KAISERREICH?

Die Entstehung unserer modernen Demokratie hat eine spannende Geschichte. Eine besondere Rolle spielen dabei die Revolution von 1848/49, die Novemberrevolution 1918/19 und die Weimarer Republik. Aus den Kämpfen für mehr Freiheit, Gleichberechtigung, Teilhabe, Sozialstaat und zivilgesellschaftliches Engagement ist unsere freiheitlich demokratische Grundordnung hervorgegangen. Ihre Geschichte spielte sich nicht nur in Berlin ab. Auch in Lippe, das bis 1947 ein weitestgehend eigenständiges Land war, fanden Veränderungen statt. Wie für alle Werte gilt auch für die Demokratie, dass sie sich im ständigen Wandel befindet. So stellt sich die Frage: „Demokratie(-geschichte): Ende gut, alles gut?“

Beim Versuch, das Kaiserreich in die Demokratiegeschichte einzuordnen, können sich Widersprüche ergeben. Dass es sich auf der Ebene der Verfassung und des politischen Wirkens der Regierung um einen antidemokratischen Obrigkeitsstaat handelt, steht fest. Auf der anderen Seite aber gab es einflussreiche soziale Bewegungen, wie die der Arbeiter*innen oder der Frauen, und eine erstarkende Sozialdemokratie, die im Reichstag zunehmend selbstbewusster auftraten. Auch das Zeitungswesen entwickelte sich in dieser Zeit zu einer Industrie der Massenmedien, aus denen mehr und mehr Menschen Informationen zogen. Das Vereinswesen blühte auf. Aus diesen Gründen sprechen manche Historiker*innen auch vom Kaiserreich als dem Ausgangspunkt der politischen Massenbewegungen. Weil sie sich ihrer wachsenden Macht bewusst waren, stießen jene Bewegungen um 1900 Veränderungen an. Erste Züge eines modernen Sozialstaats entstanden in den 1880er-Jahren. Die Löhne stiegen und die gesundheitlichen Bedingungen am Arbeitsplatz besserten sich. Außerdem sanken die Lebenshaltungskosten und Gesetze zum Arbeitsschutz wurden eingeführt. Seit 1891/92 waren Sonntage arbeitsfrei und im Jahr 1900 wurde die tägliche Arbeitszeit auf maximal zehn Stunden begrenzt. Ab den 1900er-Jahren durften Frauen in den meisten deutschen Ländern studieren und sich seit 1908 politisch betätigen.

Dass sich die Bürger*innen, ihren Lebensstandard und ihre Rechte betreffend, immer mehr anglichen, hatte zur Folge, dass Ungleichheiten, die es immer noch gab, einer stärkeren Rechtfertigung bedurften. Sie wurden nicht mehr bloß hingenommen und als selbstverständlich angesehen. Die künstliche „Verwissenschaftlichung“ von menschenfeindlichen Ideologien sind solche Rechtfertigungsversuche. Rassismus und Antisemitismus gaben sich einen wissenschaftlichen Anstrich. Der Prozess der Angleichung innerhalb der weißen, christlichen Mehrheit führte somit zu einer Vertiefung der ungleichen und ungerechten Behandlung derjenigen, die nicht zu dieser Gruppe gehörten. Der Nationalismus, also dem Glauben daran, dass der deutsche Staat besonders und anderen überlegen sei, spielte dabei eine wichtige Rolle. Er führte dazu, dass die Mehrheit der Deutschen sich als ein Volk verstand. Der damit verbundene Glaube, anderen Völkern überlegen zu sein, trug zu Kolonialismus und Rassismus bei. Er gipfelte 1914 im Ersten Weltkrieg, der als „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts bezeichnet wird.

Text nach: Richter, Hedwig: Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich. Berlin, 2021.